

AGORA

FULDA

ZEITUNG FÜR MEINUNGSVIELFALT, KREATIVE KRITIK UND SATIRE

Ausgabe 2

26.04.2014

kostenlose Verteilung

Themen in dieser Ausgabe:

Warum diese Zeitung S. 1
Die Macher der Zeitung über ihre Motivation und die Bedeutung des Wortes „AGORA“

Energiewende S. 2
Lothar Jestädt von der Energiegenossenschaft in Eichenzell im Interview

Top-Thema „Genmais“ S. 2
Dr. Peter Hamel von der Zivilcourage Vogelsberg leitet in unser Themenspecial ein

Abgeordnete zu „1507“ S. 3
CDU, SPD, B90/Die Grünen und Die Linke zum Thema Genmais und die EU

Freihandelsabkommen S. 4
Jutta Sundermann zum Thema TTIP

FWZ vs. PZV S. 4
Eine Zeitung, ein Brief, eine Geburt
- Eine kleine Anekdote zum Thema Abmahnung und den Folgen

Der Papst und das Geld S. 4
Ein kleiner Auszug aus dem Lehrschreiben von Papst Franziskus vom November 2013

Eichhörnchen und Staatsschützer S. 5
Politisches Engagement wird kriminalisiert - Ein Bericht über Cecile Lecomte

Schnapsfest S. 6
Eine neue Partyreihe in Fulda verlangt Trinkfestigkeit und ein kleines bisschen Wahnsinn

Kaffee aus Guatemala S. 7
Das Solidaritätswerk der KAB Fulda e.V. zu Besuch bei Kaffeebauern in Guatemala

Die letzte Seite S. 8
Wie Sie die AGORA unterstützen können

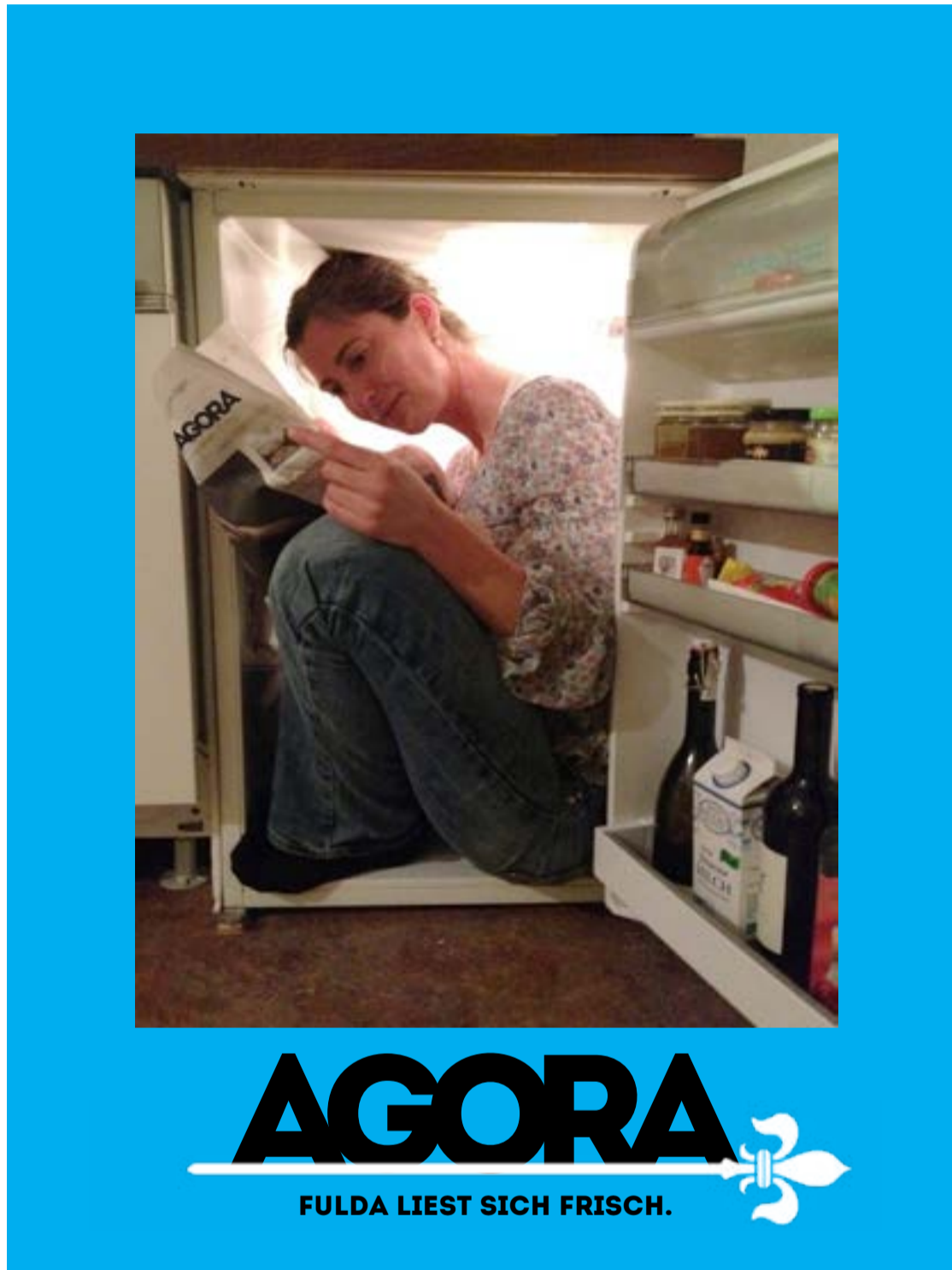


Foto: AGORA

Zitate auf Seite 1
Kluge Worte von anderen Menschen

Ich habe Journalisten nie gemocht.
Ich habe sie alle in meinen Büchern
sterben lassen.“
Agatha Christie

Der Geist des Menschen ist wie ein
Fallschirm.
Er funktioniert nur, wenn er offen
ist!
Unbekannt

Pressefreiheit ist die Freiheit von
200 reichen Leuten, ihre Meinung
zu verbreiten.
Paul Sethe
Gründungsherausgeber der FAZ

An allem Unfug, der passiert, sind
nicht nur die schuld, die ihn tun,
sondern auch die, die ihn nicht ver-
hindern!
Erich Kästner

Zensur ist die geheime Empfehlung
durch das öffentliche Verbot.
Dieter Hildebrandt

Warum diese Zeitung?

Ein paar Zeilen über die Beweggründe zur Zeitung und den Titel

In einer echten Demokratie entscheiden die Menschen selbst, was gut für sie ist. Diese Mehrheitsentscheidungen basieren auf der Idee, dass man zusammen die besten Entschlüsse trifft. Dies jedoch steht und fällt mit den Fragen, ob es vielen Bürgerinnen und Bürgern möglich ist, eine Vielfalt von Meinungen zu hören, kritische Gedanken kennenzulernen, Kritik auszuhalten und über den Tellerrand zu schauen. Es muss ihnen auch möglich sein, konstruktiv und gestalterisch an diesem Prozess teilzunehmen, auf den Platz der Demokratie zu gehen und mitzumachen. Wir wollen mit diesem Projekt eine Möglichkeit bieten, dies in der Region tun zu können. Den Aufruf dafür bekamen

wir durch eine politische Aktion vor der letzten Bundestagswahl (siehe S. 4), während und nach der uns viele Menschen ansprachen, dass ihre Meinung und Bedenken in der ostthessischen Tageszeitungslandschaft nicht willkommen waren und eine Balance in der Berichterstattung wünschenswert sei.

Vom Bürger für den Bürger

Kurz gesagt ist diese Zeitung eine Zeitung für Bürger/Innen von Bürgern/Innen. Wir werden mit einer Auflage von 3000 Exemplaren starten, die durch Spenden finanziert wird. Wir glauben dadurch eine echte Unabhängigkeit genießen zu können, da wir keinen wirtschaft-

lichen Zwängen unterliegen und unsere Inhalte sich so nicht nach dem Wind des größten Geldgebers drehen werden. Weitere Ausgaben folgen je nach Zuspruch und Proaktivität der Leser. Der Leser wird zum Journalisten und umgekehrt. Die inhaltliche Auswahl der Beiträge obliegt der Redaktion. Für die Teilnahme an Redaktionstreffen besteht eine offene Einladung (redaktion@agora-fulda.de).

Wir stellen den Anspruch an AGORA Fulda, zur Meinungsvielfalt in der Region beizutragen, wobei es dabei hauptsächlich darum gehen soll, eine wertschätzende Sichtweise an den Tag zu legen und darauf aufbauend, Verbesserungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Wikipedia weiß es

Die Agora war im antiken Griechenland der zentrale Fest-, Versammlungs- und Marktplatz einer Stadt. Sie war aber zugleich auch eine bedeutende gesellschaftliche Institution und als solche ein kennzeichnendes Merkmal der griechischen polis. Als wichtiger Kultplatz war sie der Veranstaltungsort vieler für die Ausbildung einer gemeinsamen Identität entscheidender religiöser Feste mit gymnischen und musischen Agonen. Als Ort der Volks- und Gerichtsversammlungen kam ihr eine herausragende Rolle für das geordnete Zusammenleben in einer Gemeinschaft zu. Bei Homer gilt das Fehlen einer Agora als ein Anzeichen für Recht- und Gesetzlosigkeit. Laut Herodot war die Agora für den Perserkönig Kyros II. das bestimmende Merkmal einer selbstständigen griechischen Stadt.

Energiewende in Bürgerhand

Lothar Jestädt ist Mitglied einer Energiegenossenschaft in Eichenzell

Die Energiewende verliert an Fahrt, woran liegt das?

Die großen Energieversorger starten immer wieder Kampagnen, um die Energiewende auf das Kostenargument zu reduzieren. Doch die Kosten sind eine sehr einseitige Betrachtung, die Energiewende ist viel mehr. Zuerst ist es Klima- und Umweltschutz und dient zur Erhaltung unserer elementaren Lebensgrundlagen, wie saubere Luft, sauberes Wasser und natürlich auch für eine nachhaltige Energieversorgung unabhängig von endlichen fossilen Energieträgern. Es wird auch bei erneuerbaren Energieträgern Eingriffe in die Natur geben, jedoch sind diese viel geringer als bei fossilen Energieträgern.

Die Kosten der fossilen Energiewirtschaft

Man sollte mal die Kosten der fossilen Energiewirtschaft und die Folgen der dadurch verursachten Umweltzerstörung thematisieren. Kosten des Abrisses von Kernkraftwerken, Endlagerung von Atommüll, Kosten für die Pumpen, die im Ruhrgebiet die Kohlestollen vor dem Absaufen schützen müssen. Es ist kein Ende in Sicht. Massive Schäden im Wasserhaushalt ganzer Regionen durch den Abbau von Kraftwerkskohle, großflächige Zerstörung von zum Teil einzigartigen Naturräumen, Vertreibung und Umsiedlung der Bevölkerung in den Abbaugebieten, direkte Gesundheitsschäden durch Kohlestaub und nicht zuletzt den Eintrag großer Mengen Schadstoffe in die Atmosphäre und Anheizen des Klimawandels.

Auch in der Region Ostthessen hat die RhönEnergie zu kämpfen und

schiebt die Schwierigkeiten auf die Energiewende und die Politik!

Es ist gut nachvollziehbar, dass die vier großen Energieversorger so wenig Marktanteile wie möglich abgeben wollen, aber statt selbst in erneuerbare Energien zu investieren, wird mit viel Lobbyarbeit in Berlin versucht, die Weichen in Richtung altes Geschäftsmodell zu stellen. Nachdem erst ein Ausstieg aus der Kernenergie im Konsens mit den Kraftwerksbetreibern beschlossen wurde, gab es dann wieder eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke die nach dem Super Gau in Fukushima wieder geändert wurde. In 2009 wurde der Verbrauchsvorrang für erneuerbare Energien aufgehoben und die Zwangsvermarktung über die Strombörse eingeführt. Folge ist, dass auch wenn viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt wird, die fossilen Kraftwerke voll weiterlaufen und den Strompreis an der Börse drücken und damit die EEG-Umlage steigt. Über diesen Umweg wird mit der EEG-Umlage Industriestrom subventioniert. Somit kommen Gaskraftwerke, die höhere Grenzkosten haben, nicht mehr zum Zug und schmutzige Kohlekraftwerke dürfen weiter produzieren. Dies betrachten viele unserer Nachbarn argwöhnisch und haben bei der EU ein Verfahren angestoßen, das prüfen soll, ob es sich um unzulässige Beihilfen handelt. In einem so schnell politisch wechselnden Umfeld die richtigen unternehmerischen Entscheidungen zu treffen, ist schwierig. Der Strompreis an der Börse konnte nur deshalb so weit fallen, weil der Verbrauchsvorrang für erneuerbare Energien weggefallen ist und damit in den Fahrplänen für die fossilen

Kraftwerke keine adäquate Berücksichtigung findet. Solche Gesetzesänderungen kann man als Unternehmer nicht vorhersehen.



Die Energiewende in Eichenzell ist in Sicht. (Bild: Umweltinstitut München)

In der aktuellen regionalen Tageszeitung kommen vor allem die Windkraftgegner zu Wort. Neben bizarren Vorbehalten nennen sie aber auch Umweltschutz als Argument gegen Windkraftanlagen.

Es ist mir auch schon aufgefallen, dass den Windkraftgegnern sehr viel Raum in der FZ eingeräumt wird, während die Bürger, die sich

in Genossenschaften organisiert haben, kaum Gehör finden. Dabei gibt es bei den Genossenschaften viel ehrenamtliches Engagement für Umweltschutz, Klimaschutz und die Energiewende. Die Planung für einen Windpark ist sehr aufwendig und nimmt sehr viel Zeit in Anspruch. Dies ist aber auch wichtig, denn es müssen ja alle Belange geprüft werden und sichergestellt werden, dass es zu keinen unzulässigen Beeinträchtigungen kommt. Wer soll das besser beurteilen, als die Bürger vor Ort. Deshalb haben wir uns als Genossenschaft zusammen geschlossen, um ein solches Projekt stemmen zu können und keinen Platz für fremde Investoren zu bieten, deren oberstes Ziel maximale Rendite ist. Wir haben eine Internetseite erstellt, mit der wir die Bürger über das umfangreiche Verfahren zu unserem Windpark informieren. (Anm. d. Red.: www.windpark-eichenzell.de)

Aber noch mal detaillierter. Es heißt, dass man für eine Windkraftanlage eine Fläche von zwei Fußballfeldern für das Fundament benötigt (knapp 1ha Anm. d. Red.). Auch käme es immer wieder vor, dass besonders Milane von den Rotorblättern erschlagen werden.

Für eine WEA werden ca. 0,4ha Fläche incl. Kranstellplatz benötigt. Die Gefährdung von bedrohten Arten wird genauestens untersucht, das ist Genehmigungsvoraussetzung. Ebenso müssen die Regeln für Schall und Schattenwurf eingehalten werden, um Anwohner nicht zu belästigen. Wichtig ist, dass die Bürger vor Ort ein Auge darauf haben, damit die bestehenden Regeln eingehalten werden und dies geht sehr gut mit einer Genossen-

schaft. **Macht die Windkraft denn nur für reiche Investoren Sinn?**

Über unser Genossenschaftsmodell kann sich jeder Bürger beteiligen. Ein Genossenschaftsanteil kostet 200€, Beitrittsformulare für unsere Genossenschaft gibt es auf der Homepage der Genossenschaft www.eichenzell-energie.de unter der Rubrik Downloads. Das Schöne an der Genossenschaft ist, dass jedes Mitglied für Abstimmungen in der Hauptversammlung eine Stimme hat, egal ob man einen oder tausend Anteile hat.

Was sind denn die Chancen der Windkraft?

Neben einer sauberen Stromerzeugung ist Windenergie auch eine gewaltige wirtschaftliche Förderung für die Region. Im Moment beziehen wir unseren Energiebedarf hauptsächlich von außerhalb. Jede Kilowattstunde, die wir nicht importieren müssen, bedeutet mehr Kaufkraft in der Region. Auch sind schon Arbeitsplätze für die Planung der Windparks entstanden. In Zukunft wird es auch Arbeitsplätze für Betrieb, Wartung und Instandhaltung der Windparks geben. Auch die Genossenschaften müssen sich dann Mitarbeiter einstellen, um Vertrieb und Verwaltung zu organisieren. Somit wird es wieder ein paar Pendler weniger geben und unsere Stromversorgung wird unabhängiger von Energieimporten.

Die Diskussion um Genmais 1507

von Dr. Peter Hamel (Zivilcourage Vogelsberg)

Die von dem Biotech-Konzern Dupont Pioneer entwickelte Genmais-Sorte 1507 bewegt auch in Rhön und Vogelsberg weiter die öffentliche Diskussion. Trotz teilweise massiver Vorbehalte in vielen Mitgliedsstaaten hatten die zuständigen EU-Minister die Zulassung nicht gestoppt, die Bundesrepublik hatte sich bei der Abstimmung enthalten. Nachdem die Reaktion der heimischen Bundes- und Landtagsabgeordneten vorliegt, gibt es weitere Stellungnahmen. So von Dr. Peter Hamel, Landwirt aus Storndorf und Mitbegründer der „Zivilcourage Vogelsberg“.

Hamel zufolge würde die Zulassung von Genmais 1507 den Bürgerwillen auf den Kopf stellen, die Demokratie bliebe auf der Strecke. 80 Prozent der Deutschen, so eine aktuelle Umfrage der Bundesregierung, lehne die so genannte Agro-Gentechnik ab. Der Koalitionsvertrag schreibe in diesem Punkt ganz klar, dass die Ängste der Bevölkerung berücksichtigt werden müssten. Die SPD habe sich bei ihrem Parteitag eindeutig gegen Agro-Gentechnik positioniert, auch die CSU lehne diese ab. Deutschland enthalte sich und stimme damit faktisch für den Genmais. Denn somit entscheide allein die von der Wirtschaft eingesetzte und gelenkte EU-Kommission. Und das,

obwohl 19 EU-Staaten gegen den Genmais 1507 gestimmt hätten, fünf dafür seien und vier sich enthalten hätten. Wie jüngere Untersuchungen in Brasilien zeigten, gebe es bereits zwei Jahre nach Einführung von 1507 massive Resistenzen von Maiszünslern gegen das von der Pflanze produzierte Gift. Die Natur schlage eben viel schneller zurück, als das gewinnorientierte Wissenschaftler der Agroindustrie wahrhaben wollen. Die Side-Effekte sind bei Genpflanzen eben doch extrem groß und unvorhersehbar. Schließlich habe die Natur Jahrmillionen für eine gelungene Evolution gebraucht. Machthungrige Konzerne sollten nicht glauben, dass sie die Natur in 20 Jahren völlig zur scheinbaren Idealwelt umkrempeln könnten. Im Moment scheint genau das Gegenteil eher wahrscheinlich. Eine extrem hohe Gefahr wird nach meiner Meinung heraufbeschworen, in dem nur noch wenige Sorten weltweit angebaut werden sollen. Tritt dann eine Krankheit gegen eine solche Sorte ein, sind enorme Folgen für Mensch und Tier an der Tagesordnung.

EU-Verdrossenheit

Hamel: „Ist das Demokratie? Wundert es noch jemanden, wenn dadurch die Bürger EU-verdrossen

sind?“ Nun kämen erste Zweifel, ob denn die Bewertung der EFSA (der europäischen Sicherheitsbehörde für Lebensmittel) zum Genmais 1507 umfassend und objektiv gewesen sei, oder ob sie vielleicht doch zu voreilig nur die geschönten Studien der Antragsteller als Grundlage ihrer Stellungnahme herangezogen habe. Denn viel zu groß seien die Streuungen des Giftgehaltes in den einzelnen Pflanzen. Diese ungenaue Vorhersagbarkeit hätte ganz klar und konsequenterweise zu einer klaren Ablehnung führen müssen. In den USA seien seit Einführung von Genmais die Erkrankungen an Reizmagen-Syndrom um über 300 Prozent angestiegen. Dr. Peter Hamel sagte abschließend: „Die Nagelprobe für uns in Hessen wird die Positionierung der neuen Landesregierung sein, die sich ja klar gegen Gentechnik-Anbau ausgesprochen hat. Für uns Bürger gibt die Europawahl die Chance, darauf zu reagieren. Wollen wir, begünstigt durch ein hinter verschlossenen Türen geheim ausgehandeltes Freihandelsabkommen mit den USA, den Einzug von Hormonfleisch, nicht deklarierte Gentechnik und Chlor-Hähnchen oder wollen wir das verhindern? Wir sollten peinlichst darauf achten, welche Partei dieses Freihandelsabkommen will und welche nicht.“

Wie der Genmais in die EU kam

Die AGORA fragte vier Bundestagsabgeordnete unserer

Region - lesen Sie die Stellungnahmen auf der nächsten Seite

Im Februar 2014 fand eine denkwürdige Abstimmung im Deutschen Bundestag statt. Aufgrund eines Antrages der Fraktion Bündnis90/Die Grünen sollte die Bundesregierung aufgefordert werden, bei einer Abstimmung der EU in Brüssel zur Zulassung der umstrittenen Genmaissorte Pioneer 1507 mit „Nein“ zu stimmen. Zwar lehnten 19 der 28 Mitgliedsstaaten die Zulassung ab, für eine Blockade wäre jedoch eine qualifizierende Mehrheit nötig gewesen. Und das deutsche Votum wäre eine wichtige Stimme gewesen, um die qualifizierte Mehrheit im Ministerrat der EU-Staaten für die Ablehnung der Zulassung zu erreichen.

Eine Enthaltung, die keine Enthaltung ist

Jedoch stimmten lediglich die Abgeordneten der Oppositionsfraktionen Bündnis90/Die Grünen und Die Linke sowie ein Abgeordneter der CSU und 4 Abgeordnete der CDU für den Antrag. Alle anderen Abgeordneten der Fraktion der CDU sowie die komplet-

te SPD-Fraktion lehnten mit den Stimmen ihrer Mehrheit den Antrag ab. Als direkte Folge dieser Abstimmung votierte die Bundesrepublik bei der entscheidenden Abstimmung in Brüssel einige Tage später nicht gegen die Zulassung, sondern sie enthielt sich Ihrer Stimme, was faktisch dazu führte, dass die Ablehnung der Genmaissortenzulassung keine Mehrheit bei den EU-Staaten fand und somit nun die Genmaissorte 1507 von Pioneer Dupont Europe in der EU für den Anbau zugelassen werden wird. Die Agora-Redaktion will es genau wissen: Wir fragten bei unseren Abgeordneten der vier im Bundestag vertretenen Fraktionen nach und erhielt die folgenden Stellungnahmen, die wir nachfolgend zur interessierten Lektüre auf der folgenden Seite veröffentlichen.

EU

„Wir arbeiten an einer Ablehnung.“

Birgit Kömpel, MdB (SPD)

Die SPD hat bei den Koalitionsverhandlungen auf eine klare Linie im Umgang mit Grüner Gentechnik gepocht. Die Unionsfraktionen waren jedoch leider nur bereit, folgende Aussage mitzutragen: „Wir erkennen die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der grünen Gentechnik an.“

Auf europäischer Ebene wird über die Zulassung der Maislinie 1507 debattiert. Das Abstimmungsverhalten Deutschlands wurde im Kabinett entschieden. Die SPD-geführten Ressorts und das CSU-geführte Ressort Landwirtschaftsministerium sprachen sich gegen eine Zulassung aus. Die beiden mitentscheidenden Ministerien der Gesundheit und Forschung (beide unionsgeführt) wollten der Zulassung zustimmen. Diese uneinheitliche Meinung innerhalb der Bundesregierung und die zustimmende Haltung des Bundeskanzleramtes führten dazu, dass die Bundesregierung sich im Rahmen der Abstimmung in Brüssel enthielt.

Es gehört zur parlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb einer Koalition, dass Anträge, Gesetzentwürfe sowie weitere politische Positionen gemeinsam entwickelt und nach außen dokumentiert werden. Daran ist die SPD-Bundestagsfraktion gebunden, an diese Absprache muss auch ich mich halten. Ich persönlich bin gegen den Anbau von Genmais.

Im Hintergrund arbeiten wir dar-

an, dass die Bundesregierung ihre momentane Enthaltung in eine Ablehnung des Zulassungsantrages ändert. Wir berufen uns dabei auf den vereinbarten Koalitionsvertrag und die Mehrheit der deutschen und europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Mir ist klar, dass die uneinheitliche Haltung der Bundesregierung in der Frage der Zulassung der Genmaislinie 1507 für den Anbau in der EU für viele Kolleginnen und Kollegen unbefriedigend ist. Unsere Argumente für ein Verbot des Anbaus von Genmais bleiben nach wie vor auf dem Tisch.

Die Bundesregierung hat hierzu noch keine Position abgestimmt. Unser Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth, steht mit seinen europäischen Amtskolleginnen und Amtskollegen in dieser Frage ebenfalls in Kontakt.



Birgit Kömpel

Vier Abgeordnete nehmen Stellung

„Ein EU-weites Verbot wäre die beste Lösung.“

Michael Brand, MdB (CDU)

Erstens: ich war und bin Gegner von Gentechnik in Lebensmitteln. Deshalb bin ich auch gegen Anbau von Genmais: es gibt bessere und natürliche Methoden, um Mais vor Schädlingen zu schützen. Zweitens: die Bundesregierung hat bei der EU-Entscheidung zur Zulassung von Genmais 1507 in der EU nicht dafür und nicht dagegen gestimmt - und sich dabei nicht mit Ruhm bekleckert. Eine klare Position wäre notwendig gewesen. Drittens: das Thema eignet sich nicht für politische Spielchen - das hilft der Sache nicht, sondern schadet eher. Das gilt auch für die Grünen im Bundestag: obwohl jüngst die Entscheidung auf EU-Ebene lag, wurde der Bundestag zur Bühne gemacht. Mir war hier zu viel Taktik im Spiel, und zu wenig ernsthaftes Bemühen um eine große Koalition gegen grüne Gentechnik. Im Antrag gab es inakzeptable politische Zutaten. Er sollte keine Mehrheit bekommen, weil man dann ja nicht mehr hätte politisch „draufhauen“ können. Muster-Erklärungen, Email-Kampagnen und andere „Stimmungsmache“ helfen tagesaktuell vielleicht der Partei, nicht aber auf Dauer der Sache. Ein EU-weites Verbot wäre

die beste Lösung, wenn auch manche EU-Länder dies anders sehen. Der Bundesrat hat dies zu Recht nochmals gefordert, und will auf EU-Ebene nun eine Regelung, die zumindest national bzw. regional ein solches Verbot „rechtssicher und praktikabel“ ermöglicht. Wer keinen Genmais-Anbau will, muss dies verhindern können - zum Beispiel in Hessen, wo eine überwältigende Mehrheit der Verbraucher und die schwarz-grüne Regierung dies nicht wollen. Mir geht es um eine kluge Koalition, um GVO beim Anbau und in Lebensmitteln zu verhindern. So unterstütze ich auch die Imker in ihrem Kampf gegen Verunreinigung von Honig durch GVO. Ich bin für klare Kennzeichnungspflichten und habe vor Jahren mitgewirkt an Haftungsregelungen, die erfolgreich Grüne Gentechnik verhindert haben. Wir brauchen weiter Forschung, und zwar unabhängig von Konzernen und Interessen. Schaukämpfe wie der beim Antrag der Grünen helfen dem Thema aber wenig.



Michael Brand

„Man sollte die Flinte nicht ins Korn werfen!“

Sabine Leidig, MdB (Die Linke)

Liebe Leute in Osthessen!

Hessische Wählerinnen und Wähler haben mich in den Bundestag geschickt um ihre Interessen dort zu vertreten und mich für die in unserem Wahlprogramm benannten Punkte einzusetzen. Mir fällt es leicht, besonders im Falle der Unterbindung von Gentechnik dies auch umzusetzen. Es war für mich selbstverständlich, dass ich mich bei der namentlichen Abstimmung im Bundestag eindeutig gegen die Zulassung des Genmais 1507 ausgesprochen habe.

Es ist ein Skandal, dass das Votum Deutschlands den Weg für die Anbau-Zulassung frei gemacht hat, obwohl auch in den Koalitionsfraktionen Widerstand gegen die Agro-Technik vorhanden ist und dies auch im Koalitionsvertrag formuliert ist. Erst im Januar 2014 hat der SPD-Bundesparteitag die Bundesregierung aufgefordert, „die Zulassung neuer gentechnisch veränderter Maispflanzen in der Europäischen Union (EU) zu verhindern.“ Sie haben es nicht verhindert und mit der Zulassung des Genmaies MON 810 und der Amflora-Kartoffel ist dies dann die dritte zum Anbau zugelassene gentechnisch veränderte Kultur in der EU.

Es gab einige Wochen später eine zweite Abstimmung zu Agro-Gentechnik im Bundestag, die die Gefahren der Gentechnik für Imkerei und Honigerzeugung betraf. Auch

hier habe ich mich eindeutig verhalten. Hierzu hatte meine Fraktion auch schon 2012 eine Initiative auf den Weg gebracht (Antrag: Imkerei vor der Agro-Gentechnik schützen). Auch wenn wir durch unsere Arbeit im Bundestag bisher das Einschwemmen von Gentechnik in die Nahrungsmittelproduktion nicht verhindern konnten: Wir sollten die „Flinte nicht ins Korn werfen“. Nun folgt zwar das „grüne Licht“ für den Anbau des Genmais 1507 auf den Äckern der EU. Aber seit Jahren schon gibt es eine Erlaubnis von 1507-Mais für Lebens- und Futtermittel. Es kommt auf uns alle an, die Landwirte, die gentechnikfreie Futtermittel verwenden, zu unterstützen und Bauern zu motivieren auf den Einsatz der Gentechnik zu verzichten.

Derzeit führt die AG bäuerliche Landwirtschaft bundesweit Infoveranstaltungen über die Gefahren beim geplanten Freihandelsabkommen USA/EU durch. Auch die Debatte um Hormonfleisch, Gentechnik, Klonfleisch gehört da hinein. Es geht um Sonderklagerechte für Konzerne, Transparenz und demokratische Mitbestimmungsrechte. Verhindern wir gemeinsam dieses TTIP Abkommen als weiteres Einfallstor für Agro-Gentechnik!



Sabine Leidig

„Kein Genmais auf europäischen Äckern.“

Tom Koenigs, MdB (B90/Die Grünen)

Ich habe im Bundestag gegen die Zulassung der Maislinie 1507 gestimmt, weil ich nicht möchte, dass im nächsten Jahr gentechnisch veränderter Mais auf unseren Feldern wächst. Im Bundestag hatten die Grünen einen Antrag eingebracht, der vorsah, die Bundesregierung auf ein Nein zum Genmais zu verpflichten. Leider haben nur fünf Unions- Abgeordnete, davon einer von der CSU, für unseren Antrag gestimmt. Die SPD und der Rest der Unionsabgeordneten haben mit ihrer großen Mehrheit unseren Antrag niedergestimmt - obwohl die SPD sich in ihrem Wahlprogramm klar gentechnikkritisch geäußert hatte und die CSU keine Gelegenheit auslässt, sich öffentlich gegen die Gentechnik auf dem Acker auszusprechen.

Bundeskanzlerin Merkel und ihre Regierung haben gegen den klaren Willen der breiten Bevölkerungsmehrheit gehandelt. Laut einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung wollen 88 Prozent der Deutschen keine Agrogentechnik auf Acker oder Teller. Auch das Europäische Parlament, die meisten Agrarminister der Bundesländer, der Deutsche Bauernverband und die Umweltverbände haben sich gegen die Zulassung ausgesprochen. Die Genmais-Zulassung ist unverantwortlich. Es gibt genug wissenschaftliche Hinweise auf die Gefahren für Umwelt und Gesundheit und wesentliche Risiken sind bislang nur

unzureichend untersucht worden. Der Genmais 1507 produziert in allen Pflanzenteilen ein Gift, das vor allem gegen Schmetterlings- und Mottenarten wie den Maiszünsler wirkt. Studien belegen, dass dieser Mais 350-mal giftiger ist als der Genmais MON810, dessen Anbau aufgrund genau solcher Risiken für die Umwelt in Deutschland verboten ist. Entsprechend ihrer Ankündigung hat sich die Bundesregierung bei der entscheidenden Abstimmung in Brüssel enthalten. Diese Enthaltung wirkte aber de facto wie ein „Ja“. 19 von 28 Ländern haben gegen die Zulassung gestimmt. Nur 50 Stimmen haben zu einer Ablehnung gefehlt, davon 29 aus Deutschland.

Klar ist: Genmais wird nicht an Landesgrenzen haltmachen, denn bei Transporten gibt es immer wieder Verluste und Maispollen können sie mittels Wind und Bienen überqueren. Daher fordern wir Grüne von der Bundesregierung, jetzt alle politischen und juristischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Zulassung auf EU-Ebene doch noch zu stoppen. Kein Genmais auf den Äckern und unseren Tellern!



Tom Koenigs

Kommt die Machtübernahme der Konzerne?

von Jutta Sundermann

Wer den Hamburger Hafen besucht oder endlose LKW-Kolonnen auf den Autobahnen beobachtet, bekommt die Spur einer Ahnung, was die Exportorientierung der hiesigen Wirtschaft schon heute bedeutet. Sie hat Wohlstand gebracht, aber auch Umweltzerstörung und Klimawandel, Ungleichverteilung und Menschenrechtsverletzungen. Jetzt soll noch ein Gang zugeschaltet werden. Einer, dem wir laut und deutlich widersprechen.

Kanzlerin Merkel und der EU Handelskommissar De Gucht sowie US-Präsident Obama werden nicht müde, die Vorteile eines neuen Freihandels- und Investitionsabkommens, des TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership), zu preisen. Noch mehr Wachstum soll es bringen, Arbeitsplätze und höheren Verdienst.

Bei anderen Freihandelsabkommen wurde das auch versprochen, zum Beispiel beim Nordamerikanischen Nafta-Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Es brachte die Verlagerung von Jobs in den Niedriglohnsektor und massive Verarmung besonders im Süden Mexikos. Die Zahlen, die die TTIP-Befürworter vorlegen, halten zudem keiner Überprüfung stand. Das neue Projekt wird im Geheimen verhandelt – und das, obwohl es um zentrale Zukunfts-Fragen geht. Industrie-Lobbyisten werden

immer wieder als Berater hinzugezogen, kritische Stimmen kaum. Die US-amerikanische Landwirtschaftsindustrie hofft auf ein Ende des für sie lästigen Vorsorgeprinzips in der EU. Bis heute blockiert es Waren aus den USA, wie mit Hormonpräparaten gemästete Schweine oder nach der Schlachtung in Großanlagen im Chlorbad desinfizierter Hühner. Um die ArbeitnehmerInnenrechte ist es in den USA eher schlechter bestellt als in Europa. Aber wenn im Rahmen solcher Abkommen „harmonisiert“ wird, kommt aller Erfahrung nach der schlechtere Standard heraus.

Auch in den USA gibt es kritische Stimmen

Umgekehrt fürchten auch viele informierte Menschen in den USA das TTIP: Die Regeln für Banken sind in der EU laxer und die US-Banken hoffen darauf, künftig weniger streng kontrolliert zu werden. Bislang wird die umweltzerstörende Gasgewinnung mittels Fracking in den USA noch etwas im Zaum gehalten, weil das Gas nicht exportiert werden darf. Genau das wollen aber jetzt Konzerne und US-Präsident, zur Freude der Europäer – und ganz offen geht es dabei auch darum, Russland eins auszuwischen. Für die Umweltschützer in den USA ist die Ausweitung des Fracking ein Horror. Wenn sie kommt, kommt be-

stimmt auch der nächste Versuch, das Fracking in Europa durchzusetzen.

Sehr wichtig ist den Verhandeln den der Schutz der Investoren – zum Beispiel durch sogenannte Investor-Staats-Klagen. Dabei können Konzerne, die etwa durch neue Umweltgesetze, bessere Arbeitsschutzbestimmungen oder Steuererhöhungen ihre ursprünglichen Gewinnerwartungen gefährdet sehen, gegen Staaten klagen. Über Schadensersatzforderungen verhandeln dann private Schiedsgerichte, deren Beschlüsse völkerrechtlich bindend und nicht revisionsfähig sind. Eine fatale Privatisierung des Rechts!

Das TTIP steht sich selbst im Wege. Das ist vielleicht eine gute Nachricht, denn die vielen Widersprüche zwischen den Verhandeln und die zunehmenden Proteste aus der Bevölkerung beider Kontinente machen einen „großen Wurf“ unwahrscheinlich. Aber noch eine Gefahr droht:

Vorgesehen ist, das Ganze als ein „lebendiges Abkommen“ (Living Agreement) zu gestalten, das nach der Unterschrift auch unter ein Rumpf-Abkommen peu a peu weiter ausgestaltet werden kann.

Perspektive und Gegenwehr

Keine schöne Perspektive. Und

noch ein Grund zur Gegenwehr. Davon gibt es inzwischen zum Glück immer mehr: Das globalisierungskritische Netzwerk Attac ist mit seiner Kampagne „TTIP in die Tonne“ aktiv und zugleich im Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ dabei, dem auch Umweltorganisationen wie BUND und Naturschutzbund angehören, Gewerkschaften, entwicklungspolitische Organisationen, Campact und viele andere. Info- und Protestveranstaltungen gibt es, die kreative Attac-Kul.tour durch das ganze Land, ansprechendes Infomaterial sowie Videoclips und vieles mehr.



Jutta Sundermann

www.attac.de/ttip

Veranstaltungstipp:

Am 2. Mai wird in Fulda am Jesuitenplatz die bundesweite Kul.Tour im Rahmen der attac-Kampagne gegen das Freihandelsabkommen gestartet. Ab 17.00 Uhr wird eine Vielzahl regionaler Künstler auftreten und dadurch die Ziele der Kampagne unterstützen. Die inhaltlichen Statements zum Freihandelsabkommen wird Jutta Sundermann vom attac-Koordinierungskreis übernehmen. Den Abschluss übernimmt DJ Shaggy, der im Museumscafe ab etwa 21.30 Uhr zur Kul.Tour-Disco einlädt. Der Eintritt ist frei.

Fuldaer Windzeitung vs. Parzeller

Wie ein Brief das Privatleben von sieben Menschen änderte - oder: Die Geburt einer Zeitung

Anlässlich der Bundestagswahl erschien ein politisches Blättchen zum Thema Windkraft mit dem Namen Fuldaer Wind Zeitung. Die Herausgeber und Mitglieder der Fuldaer Weges wurden darauf hin anwaltlich abgemahnt. Ist der Umgang des überregionalen Medienunternehmens Parzeller mit der politischen Aktion der Fuldaer Wind Zeitung ein generelles Beispiel, wie der Verlag mit aller Macht sein Meinungsmonopol in der Region verteidigen will? Oder zeigt es nur, wie die Führung der Fuldaer Zeitung mit Meinungsvielfalt umgeht?

Der Name der 4 Seiten umfassenden Gazette war Fuldaer Wind Zeitung, wobei das Wort Wind schräg zwischen den beiden anderen Wörtern stand. Es gab keine Anzeigen und es wurde deutlich gekennzeichnet, dass das Papier kostenlos verteilt wurde. Inhaltlich wurden Fakten und Meinungen präsentiert, die Vorteile und Nutzen von Windenergie für die Region Ostthessen darstellten. Die Motivation dahinter war, der stark negativ gekennzeichneten Berichterstattung entgegenzuwirken. Außerdem stand die Bundestagswahl an, eine Gelegenheit und Pflicht also für demokratisch denkende Menschen, Meinungen auf dem Markt der Demokratie kund zu tun.

Alle 2000 Exemplare waren auch schnell verteilt, besonders, da am Donnerstag vor der Wahl der Universitätsplatz dank des Besuchs der Bundeskanzlerin und zweier Landesväter mit potentiellen Lesern gefüllt war.

Es dauerte dann ganze fünf Arbeitstage, bis dem verantwortlichen Redakteur der Fuldaer Wind Zeitung

ein Schreiben von einer Kanzlei aus Frankfurt zugestellt wurde. Darin zeigte sich deren Mandantin Parzeller wegen der Aktion der Wind Zeitung irritiert und forderte auf, innerhalb einer Frist von nur zwei Tagen eine Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Selbige hätte beinhaltet, dass der Vertrieb des Blattes unver-



„Meinungsvielfalt? Du kommst hier nicht rein!“ (Foto: flickr.com, creative commons und eig. Bearb.)

züglich eingestellt werden sollte. Sämtliche in Kaffees und Geschäften verteilten Exemplare sollten zurückgeholt werden. Jede einzelne neu verteilte Windzeitung hätte eine Strafe in Höhe von 5.100 € mit sich gebracht. Außerdem forderte der Verlag den Redakteur auf, die entstandenen Anwaltskosten zu begleichen, bei einem Streitwert von 25.000 €.

Berufen hatten sich der Verlag und dessen Anwälte auf das Marken- und Wettbewerbsrecht. Der von der Wind Zeitung beauftragte Fachanwalt wunderte sich sehr über das Vorgehen des Verlages. Da die Wind Zeitung keine Werbung schaltete, kostenlos verteilt wurde und die Arbeit der He-

rausgeber auch ansonsten nicht kommerziell finanziert wurde, sei der Vorwurf, dass die Veröffentlichung der Wind Zeitung gegen Wettbewerbs- und Markenrecht verstoßen würde, von vorneherein völlig unbegründet. Der Verlag mache sich sogar schadensersatzpflichtig, wenn er seine Vorwürfe aufrechterhalte. Denn das Wettbewerbs- und Markenrecht regelt nur Verstöße im geschäftlichen, d.h. kommerziellen Rechtsverkehr. Da der Parzeller-Verlag bzw. die von ihm beauftragte Kanzlei im Übrigen die Reichweite der grundgesetzlich verbürgten Pressefreiheit verkannt hätten, vermutete der von der Wind Zeitung beauftragte Rechtsanwalt eine Art „Einschüchterungsversuch“. Nach längeren Beratungen entschloss sich das Redaktionsteam der Wind-Zeitung aber, die Sache rechtlich nicht weiter zu verfolgen, da sich die Herausgeber auch künftig auf politische (und nicht rechtliche) Auseinandersetzungen konzentrieren wollen.

„Es ist schon ein relativ „starkes Stück“, dass ein großer mittelständischer Verlag eine öffentliche Diskussion dadurch behindert, dass sie eine engagierte Bürgerinitiative anwaltlich abmahnen lässt.“

Auszug aus dem Anwaltsschreiben der FWZ

Das Redaktionsteam hat sich auch dazu entschlossen, den Namen der „Wind Zeitung“ und das ursprüngliche Layout aufzugeben. Zum einen, um im Hinblick auf die rechtliche Auseinandersetzung keine unnötigen Risiken einzugehen, zum anderen weil der bisherige Name und das Layout auch kreativ überholt schien.

Diese Wirtschaft tötet

Ein Auszug aus einem Lehrsreiben von Papst Franziskus

Im November 2013 veröffentlichte Papst Franziskus ein sozialkritisches Lehrsreiben und proklamierte eine Reform der Kirche. Agora Fulda dokumentiert aus dem Lehrsreiben „evangelii gaudium“ einen Absatz zu unserem derzeitigen Wirtschaftssystem, der mit seiner Klarheit und in seiner Radikalität den Lesern und Leserinnen der Agora nicht vorbehalten werden soll:

Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung

53. Ebenso wie das Gebot „du sollst nicht töten“ eine deutliche Grenze setzt, um den Wert des menschlichen Lebens zu sichern, müssen wir heute ein „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen“ sagen. Diese Wirtschaft tötet. Es ist unglaublich, dass es kein Aufsehen erregt, wenn ein alter Mann, der gezwungen ist, auf der Straße zu leben, erfriert, während eine Baisse um zwei Punkte in der Börse Schlagzeilen macht. Das ist Ausschließung. Es ist nicht mehr zu tolerieren, dass Nahrungsmittel weggeworfen werden, während es Menschen gibt, die Hunger leiden. Das ist soziale Ungleichheit. Heute spielt sich alles nach den Kriterien der Konkurrenzfähigkeit und nach dem Gesetz des Stärkeren ab, wo

der Mächtigere den Schwächeren zunichte macht. Als Folge dieser Situation sehen sich große Massen der Bevölkerung ausgeschlossen und an den Rand gedrängt: ohne Arbeit, ohne Aussichten, ohne Ausweg. Der Mensch an sich wird wie ein Konsumgut betrachtet, das man gebrauchen und dann wegwerfen kann. Wir haben die „Wegwerfkultur“ eingeführt, die sogar gefördert wird. Es geht nicht mehr einfach um das Phänomen der Ausbeutung und der Unterdrückung, sondern um etwas Neues: Mit der Ausschließung ist die Zugehörigkeit zu der Gesellschaft, in der man lebt, an ihrer Wurzel getroffen, denn durch sie befindet man sich nicht in der Unterschicht, am Rande oder gehört zu den Machtlosen, sondern man steht nicht „Ausgebeutete“, sondern Müll, „Abfall“.



Papst Franziskus (Foto: wikipedia.de)

Diesen starken Worten von Papst Franziskus ist nichts mehr hinzuzufügen. Leser, die den vollständigen Text des Lehrsreibens lesen möchten, finden dieses auf der Homepage der AGORA: www.agora-fulda.de

Vom Eichhörnchen und dem Staatsschutz

Wenn politisches Engagement kriminalisiert wird - Ein Bericht über Cécile Lecomte

Der Staatsschutz, das ist der Sammelbegriff für den Schutz eines bestehenden Staates vor insbesondere politisch motivierten, staatsbedrohenden Aktivitäten im Rahmen polizei- und ordnungsbehördlicher Maßnahmen. Klassische Staatsschutzdelikte sind gegen die Existenz, Verfassung oder Sicherheit des jeweiligen Staates gerichtete Straftaten, wie beispielsweise Terrorismus, Friedens-, Hoch- und Landesverrat. Zu den Aufgaben der mit dem Staatsschutz befassten Abteilungen der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaften zählen die Ermittlung und Verfolgung, sowie die Verhütung und Verhinderung von Straftaten im Rahmen politisch motivierter Kriminalität wie Terrorismus und Extremismus (zum Beispiel rassistisch oder politisch motivierte Körperverletzung). Eine die Menschenrechte missachtende übersteigerte Form des Staatsschutzes war in der DDR die Staatsicherheit. (Quelle: wikipedia).

Von Bäumen und Castoren

Das Eichhörnchen, das ist Cécile Lecomte, in Deutschland lebende französische Kletteraktivistin und Atomkraftgegnerin. Cécile Lecomte hat sich für eine fantasievolle und ungewöhnliche Protestform entschieden: die Sitzblockade in der dritte Dimension. Sie erklettert Hochhausfassaden, seilt sich von Brücken ab und bringt Transparente in luftigen Höhen an – unschwer zu erraten, warum die ehemalige französische Meisterin im Sportklettern den Spitznamen „das Eichhörnchen“ trägt.

Ihr Engagement richtet sich unter anderem gegen Atomkraft, Gentechnik und Militarismus.

Medienwirksame Aktionen sind dabei nur ein Teil ihrer politischen Arbeit, vor allem vermittelt sie Inhalte und Informationen. Dass sie sich bei manchen Aktionen im Nachhinein wegen des Begehens einer Ordnungswidrigkeit verantworten musste, nimmt sie in Kauf. Ihr Engagement hat keinen terroristischen oder extremistischen Hintergrund. Die Motivation der Aktivistin ist das Bedürfnis, Verantwortung zu übernehmen für die Welt in der wir leben; ihre Legitimation ist das Recht auf freie Meinungsäußerung und zivilen Ungehorsam.

Aber wenn Frau Lecomte keine Handlungen begeht, die die Existenz oder Sicherheit des Staates gefährden, sondern ganz im Gegenteil, die Bürger dieses Staates auf Unrecht und Gefahren aufmerksam machen will – was hat dann der Staatsschutz mit dem Eichhörnchen zu tun? Und warum kann ihre persönliche Freiheit immer wieder massiv eingeschränkt werden?

Beim Castortransport im November 2011 platzierten Cécile Lecomte und andere Kletterer in der Nähe von Marbach bei Fulda Anti-Atom-Transparente und auch gleich sich selbst in den Bäumen oberhalb der Gleise, um auf die Gefahren der Atomkraft und die Störanfälligkeit der Transporte radioaktiver Abfälle aufmerksam zu machen.

Eingebracht hat dem Eichhörnchen dieser Protest eine Anklage und ein Verfahren vor dem Amtsgericht Fulda, dem eine mehr als 500-seitige Ermittlungsakte zugrunde liegt. Der zunächst im Raum stehende Vorwurf eines gefährlichen Eingriffs in den Schienenverkehr oder gar eines

terroristischen Akts ließ sich nicht halten. Inzwischen geht es um eine mögliche Sachbeschädigung der Castorbehälter und Schienenfahrzeuge durch Farbspritzer. Die Verhandlung wurde nach dem ersten Verhandlungstag ausgesetzt, da die Beschuldigten dem Gericht Verfahrensfehler nachweisen konnten.

Am Vorabend der Verhandlung fand in Fulda eine Buchvorstellung mit Lesung durch die Autorin Cécile Lecomte statt. Sie stellte ihr Buch „Kommen Sie da runter!“ mit Geschichten aus dem Alltag einer Kletterkünstlerin vor. Unaufgeregt, charmant, und augenzwinkernd trat sie in Kontakt mit dem Publikum. Konsequenter in ihrer Haltung aber nicht verbissen in der Kommunikation. Die Botschaft: Sich politisch zu engagieren macht Spaß!

Aber mit dem Spaß ist es auch schnell vorbei – nämlich dann, wenn politisches Engagement Repressionen und Einschränkungen der Persönlichkeitsrechte nach sich zieht, wie es Cécile Lecomte und andere Aktive schon oft genug erlebt haben. Wer sich nicht abfindet mit dem was stört, wird schnell selbst zum Störfaktor.

Cécile Lecomte ist immer wieder Überwachungsmaßnahmen ausgesetzt. Über sie werden Daten gesammelt und gespeichert und dann zum Beispiel im Vorfeld einer möglichen (!) Aktion zur „Gefährdungseinschätzung“ herangezogen.

2008 kam sie so anlässlich eines Atommülltransportes zum Atommüllzwischenlager Gorleben sogar für 4 Tage (!) in den sogenannten präventiven Gewahrsam (s. Hintergrund).

Zwar wird die Unrechtmäßigkeit solcher Maßnahmen oft im Nachhinein anerkannt, der Nutzen dieser Art der Rehabilitation hält sich jedoch in Grenzen, denn die einschüchternden Erlebnisse und vor allem die Eintragungen in den Polizeidateien bleiben. Gewaltfreies politisches Engagement wird kriminalisiert, und so vorgeblich die Einschränkung von Persönlichkeitsrechten als Präventivmaßnahme gerechtfertigt.

Unter Beobachtung

Vermutlich aufgrund einer derart hergeleiteten Gefährdungseinschätzung interessiert sich dann auch der Staatsschutz Fulda für die Buchvorstellung und mischte sich unerkannt unter das Publikum, ohne die Veranstalter darüber zu informieren.

Die Reaktionen der Besucher der Lesung nach Bekanntwerden dieser Überwachungsmaßnahme am nächsten Tag geben eine Ahnung davon, wie es sich anfühlen mag, heimlich beobachtet zu werden. Besucher beschrieben eine anhaltende Verunsicherung und ein mulmiges Gefühl: Habe ich mich durch den Besuch der Veranstaltung jetzt verdächtig gemacht? Wurde ich in irgendeiner Art registriert? Wer hat da beobachtet? Wo treffe ich diese Person das nächste Mal? Hat man mich künftig etwas mehr im Auge? Zum Beispiel, wenn ich einen Leserbrief schreibe oder an einer Meinungskundgebung teilnehme? Und das vielleicht nur, weil ich mir aus einem Buch habe vorlesen lassen...?? Wenn es nicht so ernst wäre, wäre es zum Lachen.

In der Verhandlung am nächsten Tag bestätigte sich dann, dass im Zusammenhang mit Frau Lecom-

tes politischen Aktivitäten bereits länger „verdeckte Aufklärung“ betrieben wird. Sie hat gegen diese Maßnahmen der Überwachung umgehend Widerspruch und einen Antrag auf Feststellung der Rechtswidrigkeit eingereicht.

Die Grenzen des Rechtsstaats

Wie weit also darf ein Rechtsstaat gehen? Ist ein mehrtägiger Gewahrsam zur Verhinderung einer Ordnungswidrigkeit verhältnismäßig und mit den Grundrechten zu vereinbaren? Wieviel ziviler Ungehorsam ist Menschenrecht? Wie frei sind BürgerInnen sich zu äußern, wenn sie nicht einverstanden sind mit Entscheidungen der Politik und informieren wollen über die Konsequenzen dieser Entscheidungen? Wo beginnt der Überwachungsstaat? Und gibt es gesellschaftspolitische oder wirtschaftliche Themen, bei denen repressive Reaktionen schneller erfolgen, als bei anderen?

Zu diesen Fragen mögen die LeserInnen selbst zu einer Meinung kommen. Wir halten es an dieser Stelle jedenfalls mit dem Aufruf



Cécile Lecomte
(Foto: K. Masche)

des ehemaligen französischen Widerstandskämpfers und UN-Diplomaten Stéphane Hessel aus dem Jahr 2010: Empört Euch!

Hier kann man sich ein Bild von Cécile Lecomtes Arbeit und ihrer Motivation verschaffen:

<http://blog.eichhoerchen.fr/>

Über die Fortsetzung des Verfahrens wird u.a. hier informiert:

<http://nirgendwo.info/fulda/>

Auch ihr Buch „Kommen Sie da runter!“, Kurzgeschichten und Texte aus dem politischen Alltag einer Kletterkünstlerin, erschienen im Verlag Graswurzelrevolution, erlaubt einen Einblick in die Beweggründe der „Überzeugungstäterin“.

Hintergrund

Präventivgewahrsam / Unterbindungsgewahrsam

In Deutschland können Menschen präventiv „zur Gefahrenabwehr“ nach dem Sicherheits- und Ordnungsgesetz der jeweiligen Bundesländer in Gewahrsam genommen werden, ohne dass ihnen eine Straftat vorgeworfen wird. Mit Sicherheitsgewahrsam (=Vorbeugegewahrsam =Unterbindungsgewahrsam) wird eine Ingewahrsamnahme bezeichnet, die unerlässlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit mit erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern (z.B. § 32 Abs. Nr. 2 HSOG).

In Bayern und Baden-Württemberg zum Beispiel, darf der Gewahrsam bis zu 14 Tage dauern, in Hessen, Berlin und NRW max. 48 Stunden und in Bremen, MVP und Schleswig-Holstein ist keine Maximaldauer festgelegt

Aus einem Beschluss zum Freiheitsentziehungsverfahren nach dem HSOG des OLG Frankfurt vom 18.06.2007:

„Da das Instrument des Gewahrsams während der Nazizeit äußerst massiv missbraucht wurde, sollte es durch die Tatbestandsmerkmale „unerlässlich“ und „unmittelbar bevorstehend“ rechtlich unmöglich gemacht werden, dass die Vorschrift zu einer Ermächtigung zum sog. Vorbeugegewahrsam (früher: Schutzhaft) ausgeweitet wird (Hornmann, 5 32 HSOG Rn 16 und 3). Unerlässlich ist nicht gleichbedeutend mit erforderlich, sondern geht darüber hinaus. Eine Maßnahme ist nur dann unerlässlich, wenn die Gefahrenabwehr nur auf diese Weise möglich und nicht durch eine andere Maßnahme ersetzbar ist (Hornmann, 3 32 HSOG Rn 17).“

Auch der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat diese Praxis gerügt, für die Straßburger Richter ein Verstoß gegen die Grundrechte auf Freiheit und Sicherheit und auf Versammlungsfreiheit der Menschenrechtskonvention.

Ziviler Ungehorsam

Ziviler Ungehorsam (von lateinisch *civilis* ‚bürgerlich‘; deshalb auch bürgerlicher Ungehorsam) ist eine Form politischer Partizipation, deren Wurzeln bis in die Antike zurückreichen.

Durch einen symbolischen, aus Gewissensgründen vollzogenen, und damit bewussten Verstoß gegen rechtliche Normen zielt der handelnde Staatsbürger mit einem Akt zivilen Ungehorsams auf die Beseitigung einer Unrechtssituation und betont damit sein moralisches Recht auf Partizipation.

Durch den symbolischen Verstoß soll zur Beseitigung des Unrechts Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung genommen werden. Der Ungehorsame nimmt dabei bewusst in Kauf, auf Basis der geltenden Gesetze für seine Handlungen bestraft zu werden. In der Regel beansprucht er ein Recht auf Widerstand für sich, das sich jedoch von einem verfassungsgemäß gegebenen Widerstandsrecht unterscheidet. Demjenigen, der zivilen Ungehorsam übt, geht es damit um die Durchsetzung von Bürger- und Menschenrechten innerhalb der bestehenden Ordnung, nicht um Widerstand, der auf die Ablösung einer bestehenden Herrschaftsstruktur gerichtet ist. Die Methoden und Aktionsformen von zivilem Ungehorsam und Widerstand gleichen sich jedoch in vielen Fällen. (Quelle: wikipedia)



Versammlung vor dem Amtsgericht Fulda am Prozesstag gegen das „Eichhörnchen“. Es ging um eine Kletteraktion im November 2011 zum Castortransport. (Foto: K. Masche)

-keine Anzeige-



Wein und Bier war gestern -
Wir trinken Schnaps!

In der Reihe der beliebtesten Fuldaer Kulturveranstaltungen wirft ein neues Highlight seine Schatten voraus. Die Vorbereitungen auf der Festwiese und die Berichterstattung in unserer Zeitung laufen ab sofort auf Hochtouren, denn bereits im Mai 2015 ist es soweit:

Das erste Fuldaer Schnaps-Fest kommt!

Wie die beliebten Kulturveranstaltungen für Heimatfreunde, Weinfest und Wiesn, hat auch das Schnapsfest einen im wahrsten Sinne des Wortes klaren regionalen Bezug: Ausgeschenkt werden ausschließlich Schnäpse der Region im Halbliter-Zinnbecher mit der ein-

gestanzten Fuldalilie. Das musikalische Rahmenprogramm wird von Kinderchören städtischer Grundschulen gestaltet.

Auch zum Schnaps-Fest können wir uns wieder auf viele urinmarkierte Hauseingänge und Wände in der Innenstadt freuen, coole Anmachsprüche, handfeste Begegnungen und schöne Gespräche. Kurzum – ein geselliges Stell-dich-Ein von Tradition und Kultur. Tracht ist natürlich Pflicht!

München ist bereits interessiert, das Konzept zu übernehmen, denn was dort funktioniert, funktioniert auch hier und umgekehrt, Tradition ist Tradition, Dahoam is am schönsten und getrunken wird immer.

Wir werden natürlich die nächsten 12 Monate ausführlich berichten und Euch wochenlang mit den schönsten Fotos danach versorgen. Unsere Redakteure freuen sich schon sind bereits zwangsverpflichtet und eure Vorgesetzten gehen auch hin. Also: Jetzt Karten sichern! Montag – Donnerstag schon ausverkauft.



Und so sieht die Festwiese aus (Foto: AGORA)

Schnell Karten sichern!

Die AGORA ist die einzige Vorverkaufsstelle für Schnapsfest-Karten. Seien sie auf der Hut vor Ticketfälschern, denn am Eingang werden nur Tickets von unserer offiziellen VVK-Stelle akzeptiert. Die Karte für Wochentage kostet 94,50 € inkl. Gebühren, für Samstag und Sonntag sind es 115,35 €. Schlagen Sie zu!



Foto: AGORA

Don Quichote, der Kampfradler

Ein Bericht über Fulda und das Abenteuer Fahrradfahren

Zugegeben, ich bin Kampfradler. Nein, nicht in der Art, dass ich prinzipiell über rote Ampeln fahre, im höchsten Gang durch die Fußgängerzone rausche oder schlängelförmig durch die Fahrzeuglücken bresche. Ich bin Kampfradler, weil ich täglich gegen Autos und ihre Fahrer, gegen Mochteger- und Nichtradwege und gegen die Sturheit, Blindheit und Ignoranz im Straßenverkehr kämpfe. Ob Sommer, ob Winter, das Fahrrad ist mein alltägliches Verkehrsmittel. Das Rad unter mir, ich oben drauf, wir zwei bestehen bislang die alltäglichen Gefahren: fragwürdige Verkehrsführungen ebenso wie fragwürdige Fahrzeuglenker. In den letzten ein, zwei Jahren hat sich einiges deutlich im Stadtgebiet verbessert. Ich freue mich grundsätzlich über jeden neuen Radweg und fühle mich damit ein Stück weiter mit meiner Fortbewegungsart angenommen. Oberflächlich gesehen zumindest. Und immer im Glauben der möglichen Verbesserung für mich und die Allgemeinheit, teile ich gerne meine Ideen in froher Erwartung mit.

Der Fahrradklimatest 2012

Als der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club ADFC im Jahre 2012 bundesweit einen Fahrradklimatest für ein Städteranking anbot, nahm ich selbstverständlich teil. Der Test beinhaltete Fragen zu Verkehrsführungen, Radwegeausbau und subjektivem Sicherheitsbefinden auf dem Rad. Im Ergebnis landete Fulda auf Platz 222 von gesamt 252 Städten unter 100.000 Einwohnern. Ein beachtenswerter hinterer Tabellenplatz, sportlich gesehen in der Abstiegszone, vielleicht gerade noch so auf einem Relegationsplatz. Gibt es neben mir also noch mehr Personen in der Ostthessenmetropole, die sich nicht gerade sicher und ernstgenommen fühlen? Weitere Fragen erübrigen sich. Eine deutliche Besserung ist bislang noch nicht festzustellen. Es grenzt schon an Skurrilität, wäre es nicht zugleich lebensgefährlich wie die Wege teilweise verlaufen. Da geben Straßenmarkierungen einen, nein, zwei Radwege vor, die parallel zueinander auf der Stra-

ße und dem Bürgersteig verlaufen (Brauhausstraße, Hirtsrain), während der an dieser Stelle kreuzende Radweg zwischen den Randsteinen nach Umbau gar nicht erst markiert wurde (Von-Schildeck-Straße westwärts). Da verlaufen plötzlich Radwege vom Bürgersteig auf die Fahrbahn, die vorher gar nicht existent sind, da sich anstelle des Radweges ein Parkstreifen befindet (Kurfürstenstraße, Höhe Schloßgarten). Und da müssen Radfahrer stark befahrene Kreuzungsbereiche quasi überfliegen, wollen sie nicht überfahren werden, weil der Radweg neben einer der meistbefahrenen und mehrspurigen Hauptverkehrs-



Sicherheitshinweis an der Leipziger Straße (Foto: AGORA)

der schlagartig unmarkiert auf die Fahrbahn übergeht und erst nach der Kreuzung für alle sichtbar wird (Leipziger Straße, Ecke Amand-Ney-Straße stadtauswärts). Es ist immer ein Abenteuer.

Hat das Internet die Lösung?

Fulda hat sich im Frühsommer vergangenen Jahres der hessenweiten Meldeplattform Radverkehr angeschlossen. Hier können sich Radfahrer über Internet an die zuständige Kommune wenden, wenn sie feststellen, dass ein Weg gefährlich, straßenbelagstechnisch mangelhaft, nicht gekennzeichnet oder sonstwie nicht in Ordnung ist.

Das ganze mit der Möglichkeit von Beweisfotos und Markierung im digitalen Straßenplan. Einfacher kann man die zuständigen Stellen in der Kommunalverwaltung eigentlich nicht auf Mängel hinweisen. Als dies in der lokalen Tagespresse gefeiert wurde, schlug meine Stunde. Freudig erregt und – wie bereits erwähnt – immer an die Möglichkeit der Verbesserung glaubend, begab ich mich an Ort und Stelle, fotografierte und beschrieb die Problemlage einfach verständlich und schickte das ganze per Klick an die Stadt Fulda ab. Tags darauf kamen schon die Antworten zu den ersten drei von mir geschilderten Fällen. Prompte Bedienung, dachte ich. Beispiele? Im Falle des für Radfahrer lebensgefährlichen „Grünen Pfeils“ am Übergang der Langebrückenstraße auf die Maberzeller Straße, an der es für rechts abbiegende Fahrzeuge keine extra Spur gibt und die dafür in der Praxis den vom Gehweg auf die Fahrbahn laufenden Radweg benutzen, verwies mich das Stadtplanungsamt auf die Zuständigkeit des Bundes. Im Falle der oben bereits geschilderten Verkehrslage an der Leipziger Straße wiederum gab es zur Antwort, dass es „einer Überplanung und baulichen Anpassung des Knotenpunktes“ bedarf, aber „wann dies erfolgen kann ist derzeit leider noch nicht absehbar, zumal auch die erforderlichen Haushaltsmittel nicht zur Verfügung stehen“. Sicherheit in der Warteschleife. Auch wies ich auf den permanent zugedachten Radweg im weiteren Verlauf der Leipziger Straße hin. Hier halten unentwegt Autos, und das an einer Stelle, die aufgrund ihrer Brückenfunktion zwischen Zentrum und Hochschule eine der von Radfahrern meist frequentiertesten Wege überhaupt ist. Ein Ausweichen auf die Fahrbahn ist hier unumgänglich. Die Antwort auch hier beschwichtigend, beinahe nichtssagend. Mit der Weiterleitung der Information an die Straßenverkehrsbehörde scheint die Angelegenheit erledigt zu sein. Hier ist sie vermutlich versumpft. Die Thematik wird in den Planungs- und Ordnungsbehörden augenscheinlich sehr stiefmütterlich behandelt. Ist die Meldeplattform bloße Makulatur?

Ich erliege langsam der Ernüchterung und wähne mich als übersehener Stadtradtler weiterhin im steten Kampf gegen die Windmühlen. So kämpfe ich nach wie vor gegen Scheuklappen tragende Autofahrer, bewegungsresistente Planungsbehörden und ungenügend gekennzeichnete Radwege. Vielleicht sollte ich über rote Ampeln kampfradeln, denn wenn sich Autofahrer aufregen, sehen sie mich wenigstens. Eine zweifelhafte, aber erfolgreiche Auslegung zur Verbesserung der eigenen Sicherheit. Ich kampfradel also weiter...

www.meldeplattform-radverkehr.de
www.adfc.de/fahrradklima-test



Internetauftritt der Meldeplattform Radverkehr (Foto: AGORA)

Fuldaer Bündnis „Verkehrswende Fulda“

Dienstag, 13. Mai
Beginn: 19 Uhr
Gründungstreffen im Haus
Oranien

„Ziel des Bündnisses soll es sein, Fulda noch lebenswerter zu machen. Durch die Förderung ökologischer Verkehrsalternativen wollen wir dazu beitragen, dass wir weniger Lärm, Abgase und CO2 produzieren, dass der öffentliche Nahverkehr und das Rad eine echte Alternative für die meisten Fuldaer werden kann und Fuldas Plätze und Straßen einladender werden.“

-Anzeige-

AGORA
Zeitung für Meinungsvielfalt,
kreative Kritik und Satire

Wir sind eine rasch aufstrebende, unabhängige und selbstfinanzierte Zeitung im Großraum Fulda und Ostthessen mit einer Startauflage von 3.000 Exemplaren und streben die Marktführerschaft des unabhängigen regionalen Zeitungsmarktes an.

Wir suchen zum nächstmöglichen Zeitpunkt:

- Redakteur/in
- Grafiker/in / Layouter/in
- Fotojournalist

Wir erwarten mehrjährige Erfahrung im jeweiligen Bereich, eigenständiges Arbeiten, Anspruch an die eigene Arbeit, wertschätzendes Verhalten und (politische) Unabhängigkeit. Wir bieten Ihnen eine kollegiale Atmosphäre in einem aufstrebenden und innovativen Medienbetrieb mit sehr guten Aufstiegchancen. Bewerben Sie sich per E-Mail mit kurzem Anschreiben, einem aussagekräftigen CV und ebensolcher Mappe mit Auszügen Ihrer bisherigen Arbeiten. Wir freuen uns auf Ihre Nachricht.

Bitte richten Sie Bewerbungen an folgende Adresse:

redaktion@agora-fulda.de

Partnerschaftsbesuch in Guatemala

von Michael Schmitt (KAB - Diözesansekretär)

Einen 14-tägigen Besuch in Guatemala führte das Solidaritätswerk der KAB Fulda e.V. im März mit einer 10-köpfigen Reisegruppe durch. Im Rahmen der Partnerschaft der Fuldaer KAB mit der Movimiento Trabajadores Campesinos (MTC) San Marcos konnten dabei interessante und bewegende Eindrücke vor allem im Departement San Marcos, Nahe der Grenze zu Chiapas/Mexiko gewonnen werden. Die Region zählt zu einer der ärmsten Regionen Zentralamerikas.

Ziel war es, die Lebensbedingungen der überwiegend indigenen Bevölkerung (Mayas) kennenzulernen und zu verstehen. So traf die Delegation mit unterschiedlichsten Gruppierungen unter verschiedenen inhaltlichen Schwerpunkten zusammen. In Begleitung von Freundinnen und Freunden der MTC berichteten bzw. präsentierten die Guatemalteken ihr Umfeld.

Zu Erschrecken führten Schilderungen von Frauen über das Verhältnis von Frauen und Männern. In der patriarchalisch geprägten Gesellschaft leiden die Frauen häufig nicht nur in der eigenen Familie, sondern auch in der gesamten Gesellschaft. Kriminelle Übergriffe werden von den Strafverfolgungsbehörden kaum wahrgenommen, geschweige denn geahndet. Daher verwunderte es nicht, dass eine von Scheidung betroffene Frau erzählte, dass sie von einer Familienrichterin noch im Scheidungsverfahren aufgefordert worden sei, sich gegenüber ihrem Mann, der sie misshandelt hatte, demütiger zu verhalten.

Nicht weniger beeindruckend waren die Schilderungen einer Mutter von vier Kindern in San Miguel, die der Besuchergruppe vor Ort zahlreiche eingestürzte Wohnhütten

zeigte. Mit tränenerstickter Stimme erzählte sie, dass nach mehreren unterirdischen Explosionen plötzlich ein Teil des Dorfes bis zu 8 m im Erdboden versank. Ursachen dafür waren unterirdische Sprengungen in einer Goldmine. Obwohl der Nordamerikanische Konzern nur die Genehmigung für den Tageabbau von Gold hat, wurden zwischenzeitlich Stollen bis zu 2.500 m Länge vorangetrieben. Weder der Staat



„Fussarbeit“ in der Kaffeeverarbeitung, Foto: Michael Schmitt

noch die Kommunen, denen jeweils 2% des Reingewinns von dem Konzern zugesagt wurden, zeigen ein Interesse, die Ursache zu erforschen oder Abhilfe zu schaffen. Das einzige Angebot an die betroffenen Bewohner seitens des örtlichen Bürgermeisters war die kostenfreie Zurverfügungstellung von Baumaterial im Gegenzug zur Abtretung der Besitzstandsurskunde durch die Eigentümer an die Kommune. Die MTC engagiert sich in dieser Menschenrechtsfrage schon seit Jahren, da sie die Vorschriften der ILO 169 (International Labour Organization) zum Schutz der indigenen Bevölkerung und ihrer Rechte verletzt sieht. Auf dem Besuchsplan stand außerdem der Besuch in einer Einrich-

tung für Migranten am guatemaltekisch-mexikanischen Grenzfluss Suchiate. Hier war ein Informationsaustausch mit Migranten möglich, die versuchten über Mexiko in die USA zu gelangen. Viele werden von „Kojoten“ (so werden hier die Fluchthelfer auf mexikanischer Seite genannt) aufgegriffen, eingesperrt und erst wieder gegen Zahlung eines Lösegeldes freigelassen. Die meisten Flüchtlinge aus El Salvador, Honduras und Guatemala stranden meist nach einigen Wochen völlig mittellos wieder an den Grenzübergängen zu Guatemala.

Die Bedingungen des Kaffeeanbaus konnte die Gruppe auf der Finca Buenos Aires, in der Boca-Costa (Vorküsten) Region von San Marcos kennenlernen. Allein die eineinhalbstündige Fahrt auf der offenen Fläche der Pick-Ups auf den letzten 14 km zur 1.600 m ü. NN liegenden Kaffeeplantage war für die Teilnehmer ein abenteuerliches Erlebnis. Vor Ort gewannen sie bewegende Einblicke in das Leben und die Arbeit der Landarbeiterfamilien, das von Entbehrungen, Ängsten und Problemen geprägt ist. Aktuell verzeichneten die dort lebenden 60 Familien einen Ernteeinbruch von 50% gegenüber dem Vorjahr aufgrund einer Pilzkrankung der Kaffeepflanzen („Kaffeerost“). Die KAB in Fulda unterstützt die Familien der ersten in Guatemala an die indigene Bevölkerung zurückgegebene Finca seit 2001 mit dem fair gehandelten und organisch angebauten Kaffee „Nueva Armonia“ („Neue Harmonie“).

Über das Engagement der MTC beim Wiederaufbau zerstörter Wohnhäuser, die einem Erdbeben im November 2012 zu Opfer fielen konnten sich die deutschen Partner ebenso überzeugen wie über



Spuren des Goldabbaus (Tagebau), Foto: Michael Schmitt

das Engagement in einer Kirchengemeinde, wo vom Diözesanpräses der MTC Padre Jose Antonio viel Engagement zur Unterstützung, insbesondere von Frauen, eingebracht wird. Verschiedene Programme fördern nicht nur Kompetenzen von Frauen und bieten ein zusätzliches Einkommen zur Unterstützung der eigenen Familie, sondern stärken insbesondere das Selbstbewusstsein der Frauen. Deutlich wurde – nicht nur an dieser Stelle – dass gerade Frauen in der Projekt- und Entwicklungszusammenarbeit aufgrund ihres hohen Verantwortungsbewusstseins unabdingbar sind.

Auf dem Programm standen neben vielen anderen Besuchen bei unterschiedlichen Initiativen, Gespräche mit ehren- und hauptamtlichen Verantwortlichen der MTC, der Besuch des MTC Bildungszentrums in Comitancillo und ein Besuch bei der Cooperativen FEDEPMA am Lago Atitlan, die ebenfalls Kaffeelieferant der KAB ist. Die Besichtigung der Maya-Kultstätte Iximche wie der alten Hauptstadt Guatemalas,

Antigua, rundeten das Programm ab.

Seit fast 15 Jahren unterstützt die KAB Fulda die MTC San Marcos. Das Kaffeeprojekt mit der Cooperativen ADIBA (Finca Bueones Aires) und FEDEPMA besteht seit 2001. Insbesondere die Umstellung von konventionellem Kaffee zu organisch angebauten Kaffee wurde auch finanziell unterstützt und begleitet. Vor Ort engagiert sich der katholische Sozialverband in der Agenda Arbeitsgruppe „Faires Fulda“ für den FairTrade-Gedanken. Während der Öffnungszeiten (Dienstag bis Mittwoch von 9-13 Uhr, Donnerstag von 9-13 Uhr und von 14-17 Uhr) der KAB-Diözesangeschäftsstelle in Fulda, Agnes-Hunniger-Str. 1 (Tel. 0661/73433 oder Mail an info@kab-fulda.de) können Sie dort den fair gehandelten und organisch angebauten KAB-Kaffee Nueva Armonia beziehen oder Sie wenden sich direkt an Ihre Kirchengemeinde vor Ort.

Die Maya-Zeremonie

von Michael Schmitt

Maya – Symbolik, mit deren Erklärung und anschließender Gebete die meisten der zahlreichen Besuche und Begegnungen eröffnet wurden. Die enge Beziehung der Mayas zur Schöpfung kommt darin zum Ausdruck.

Jede Himmelsrichtung wird mit einer Farbe assoziiert, der Osten mit der Farbe rot, die den Sonnenaufgang widerspiegelt, die Geburt des Tages, den Beginn des Lebens, somit die höchstrangigste Weltgegend. Dem Norden wird die Farbe weiß

zugeordnet und dem Süden gelb. Helle Farben, die das Tageslicht symbolisieren. Der Westen, wo die Sonne verschwindet und den Menschen in Dunkelheit zurück lässt, bekam die Farbe schwarz, gleichzusetzen mit dem Tod des Tages. Das Zentrum mit den zwei Farben blau und grün bezeugt die Wichtigkeit des alltäglichen Lebens mit den Einflüssen des immergrünen Dschungels, des Himmels und des lebensnotwendigen Wassers.



Zeremonie zur Kaffee-Ernte nach Art der Maya (Foto: M. Schmitt)

Der Fuldaer Weg

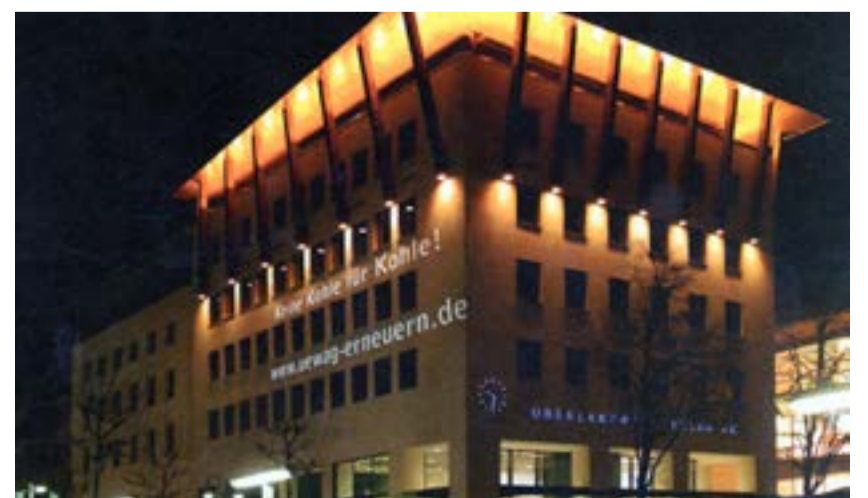
Wie aus einem losen Netzwerk von Menschen ein Platz für Ideen entstand

Es fing an mit einer Revolution. Genauer, einem Film über eine Revolution. *Die 4. Revolution*, die die Wende in der Stromversorgung voraussagt, und im Kern darin erneuerbare Energien sieht, die von den BürgerInnen selbst produziert werden. Anders als bei den meisten Filmen sollte der Kinofilm nicht zuerst in den vom Verleih ausgesuchten Städten stattfinden, sondern dort starten, wo sich eine Gruppe finden würde, die aktiv für den Film vor Ort wirbt.

Dies nahm sich der Verfasser des Textes zum Anlass, um eine möglichst breite und vielfältige Gruppe von Menschen zusammenzubringen, die den Film nach Osthessen holen würde. So kam es, dass sich im Winter 2010 etwa 15 Menschen in der Rösterei KaffeeKultur in der Löherstraße trafen, die als Privatpersonen aber auch als Vertreter verschiedener Organisationen da waren. Bezeichnend für die Stimmung damals war, dass alle das Thema Energie für so wichtig und in der Region für sehr stiefmütterlich behandelt sahen, so dass diese Initiatorengruppe unbedingt über das Zeigen des Films hinaus zusammen aktiv sein wollte. Auch mit Hilfe der Unterstützung der Fuldaer Zeitung war die Premiere ein voller Erfolg und wir „schlugen“

Städte wie München und Leipzig bei der Besucherzahl des Films. Was von der Stunde Null blieb, ist die Art und Weise, wie man sich trifft. Es besteht eine offene Einladung für jeden, der sich zum Thema des Treffens berufen fühlt. Wer auch immer da ist, ist der Richtige. Entscheidungen werden von den Anwesenden getroffen. Jeder kann ein Thema auf den Marktplatz stellen, und wenn die Energie der Gruppe da ist, entsteht ein Projekt, eine konkrete Aktion. Die Werte, die uns zusammenhalten sind Ganzheitlichkeit, lebenslanges Lernen, Nachhaltigkeit und Vielfalt. Neugierig?

Keine Kohle für die Kohle:



Projektion in der Nacht für das Postkartenmotiv (Foto: W. Rammler)

Im Jahr 2011 wurde das ÜWAG-Verwaltungsgebäude angestrahlt, um aus dem Motiv eine Postkarte für eine Unterschriftenaktion zu gestalten. Damals ging es um die Verhinderung einer zweistelligen Millioneninvestition in ein Krefelder Steinkohlekraftwerk durch die ÜWAG. Unterstützt wurde die Aktion von Compact und Oxfam. In der Zeit hatten wir auch Besuch des Kohlosaurus in Fulda sowie eine Veranstaltung mit kolumbianischen Bergarbeitern, die über die verheerenden Folgen des Steinkohleabbaus in ihrer Heimat berichteten. Erfreulicherweise entschied sich die ÜWAG im Jahr danach, nicht in das Kohlekraftwerk zu investieren.

Oh, was ist denn das hier?



Sieht interessant aus, was? Kommen Sie ruhig näher.

Als neue unabhängige Zeitung von Bürgern für Bürger finden wir Platz für Ihre Interessen.
Melden Sie sich bei uns:

redaktion@agora-fulda.de
www.agora-fulda.de
www.facebook.com/agoraFD



Redaktionsteam

Wir brauchen Ihre Unterstützung!

Sie halten gerade die neueste Ausgabe der Zeitung AGORA Fulda in Händen. Gefällt Ihnen die Auswahl der Themen? Wir möchten Ihnen aktuelle und für die Region Fulda relevante Themen nahebringen, um auf diesem Wege die Zeitungslandschaft in Osthessen zu beleben.

Unser Redaktionsteam arbeitet an einer regelmäßigen Erscheinung, die zu Anfang dreimonatlich sein wird. Da wir die AGORA werbefrei halten werden und sowohl die gedruckte Auflage von 3.000 Exemplaren als auch die Online-Ausgabe kostenfrei an unsere Leser abgeben, benötigen wir an dieser Stelle Ihre Unterstützung. Recherchen, Satz, Druck und Vertrieb verursachen Kosten, zu deren Deckung wir uns heute an Sie wenden möchten.

Unterstützen Sie uns: Überweisen Sie bitte einen Betrag Ihrer Wahl auf das folgende Konto des gemeinnützigen Fuldaer Fördervereins für Kultur, Ökologie & Kommunikation e.V. (KÖK e.V.). Bei der AGORA handelt es sich nicht um ein Produkt des KÖK Fördervereins für Kultur, Ökologie und Kommunikation e.V. Fulda. Der gemeinnützige KÖK e.V. versteht sich als Unterstützer und Förderverein für zivilgesellschaftliches, kulturelles

und ökologisches Engagement in und um Fulda. Gemäß diesem Anspruch stellt der KÖK e.V. seine Kontoverbindung für AGORA zur Verfügung.

Aus diesem Grund ist eine Spende zum Erhalt der AGORA unbedingt mit dem Stichwort „AGORA Fulda“ zu versehen. Es handelt sich hierbei um eine zweckgebundene Spende, die in voller Höhe an den Herausgeberkreis der AGORA weitergeleitet wird.

Die Bankverbindung lautet:
KÖK e.V.
IBAN: DE38 5305 0180 0040 0097 93
BIC: HELADEF1FDS bei der Sparkasse Fulda
Verwendungszweck: AGORA Fulda

Wenn Sie Ihre Anschrift angeben, erhalten Sie am Jahresende vom Verein KÖK e.V. eine steuerabzugsfähige Quittung über Ihre Spende. Auch mit kleinen Beträgen sichern Sie den Erhalt und die Fortentwicklung der AGORA Fulda. Die Leser werden es Ihnen danken. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung!

Impressum:
Herausgeberkreis und Redaktionsteam (V.i.S.d.P.):
Felix Döppner, Katja Ecker, Elisabeth Rammner,
Walter M. Rammner, Martin Uebelacker
Die Genannten sind verantwortliche Redakteure
im Sinne des Pressegesetzes.
Postanschrift: Felix Döppner, Löhstr. 24, 36037
Fulda (Ladungsfähige Anschrift für die im Impressum
genannten Verantwortlichen)
Auflage 3.000 Exemplare
Druck: Megadruck.de, Westerstede
Erscheint dreimonatlich, wird kostenfrei verteilt.
Die Rechte für die Nutzung von Artikeln oder Bildern
können über das Redaktionsteam angefragt werden.
E-Mail: redaktion@agora-fulda.de
Internet: www.agora-fulda.de
Auf unserer Homepage finden Sie die komplette
Ausgabe zum Download.
Facebook: www.facebook.com/AGORAFD
Teilen Sie uns mit Ihren Freunden und laden diese
zu uns ein.

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder andere Zusendungen. Namentlich genannte Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

-Anzeige-

Wir haben es versucht.
Wir können es einfach nicht.



Wir finden, in eine gute Zeitung gehört auch eine gute Karikatur.

Weil wir es aber nicht selbst können, suchen wir für die nächsten Ausgaben der AGORA einen Karikaturisten. Karikaturisten dieser Welt - meldet euch bitte per E-Mail bei:

redaktion@agora-fulda.de

-Anzeige-

regional

genfrei

gesund

biologisch



Zeppelिंगärten

urbanes Gärtnern in Fulda

→ Mitmachgarten immer samstags ab 11 Uhr im Umweltzentrum Fulda